

**Antrag 14/I/2021**

**AfB Brandenburg**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Überweisen an: Arbeitskreis Digitale Gesellschaft,  
Landesvorstand (Konsens)**

**Antrag zur Sicherung einheitlicher Standards in Schulen, deren Finanzierung und Kontrolle durch die Fachaufsicht: Breitbandversorgung in Schulen**

1 Im Land Brandenburg ist eine Mindestbreitband-  
2 versorgung von 150 MB/s in Schulen zu gewähr-  
3 leisten. Dazu muss dieser Standard vorgeschrieben  
4 werden. Die finanziellen Belastungen finanzschwacher  
5 Schulträger muss das Land übernehmen.

6

7 **Begründung**

8 Viele Kreise, kreisfreie Städte und Gemeinden haben  
9 in den letzten Jahren unterschiedlich in die technische  
10 Ausstattung ihrer Schulen investiert. Ein für  
11 den Distanzunterricht entscheidender Faktor hindert  
12 allerdings viele Schulen an einer gelingenden  
13 Durchführung.

14 **Breitbandausbau > 150 MB/s im ersten Schritt – Ziel**  
15 **1 GB/s**

16 In zahlreichen Schulen ist es nicht möglich, dass  
17 Lehrkräfte die Videokommunikation in der Schule  
18 einsetzen. Die Anbindung an das Breitbandnetz  
19 ist schlicht zu langsam. So kommt es häufig dazu,  
20 dass Lehrer\*innen nur im Homeoffice unter Nutzung  
21 ihrer eigenen Ressourcen eine Verbindung mittels  
22 Videokonferenzsystem aufnehmen können. In den  
23 letzten Monaten mussten viele Lehrkräfte den Präsenz-  
24 unterricht einiger Jahrgangsstufen und die Notbetreuung  
25 in den Schulen absichern. Diese konnten mit den im  
26 Homeschooling befindlichen SuS ausschließlich nach dem  
27 eigentlichen Unterricht durch **zusätzliche** Arbeitszeit,  
28 unter Nutzung eigener (privater) Ressourcen in Verbindung  
29 treten.

Der Arbeitskreis Digitale Gesellschaft wird beauftragt, die nachfolgenden Anträge (13/I/2021, 14/I/2021, 15/I/2021, 16/I/2021, 21/I/2021, 23/I/2021, 28/I/2021) zusammenzufassen und dem Landesvorstand eine entsprechende Beschlussempfehlung vorzulegen.